




Nationale Anti-Doping-Agentur muss solide finanziert werden

Nationale Anti-Doping-Agentur muss solide finanziert werden
Lehre aus dem Fall Armstrong
In die heutige Sitzung des Sportausschusses wurde der Geschäftsführer der amerikanischen Anti-Doping-Organisation (USADA), Travis Tygart, eingeladen, um über den Fall Lance Armstrong zu berichten. Dazu erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert: "Wir gratulieren der amerikanischen Anti-Doping-Organisation (USADA) zu ihrem beachtlichen Erfolg und sind zugleich erschrocken über das systematische Doping im Fall Lance Armstrong. Die Situation kann zwar nicht unterschiedslos auf Deutschland übertragen werden, aber für derartige Erfolge bedarf es einer soliden Finanzierung des Anti-Doping-Kampfes. Hierzulande müssen die Bundesländer endlich zu ihren Zusagen stehen und einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) leisten." Obwohl der Anti-Doping-Kampf und die Rechtssysteme in Deutschland und den USA kaum vergleichbar sind, gilt es aus dem Fall Armstrong zu lernen. Für einen erfolgreichen Anti-Doping-Kampf ist eine solide Finanzierung der Anti-Doping-Organisation notwendig. In Deutschland machen wir uns deshalb seit langem für eine nachhaltige Finanzierung der NADA stark. So hat sich der Bund in der Vergangenheit weit überproportional an den Kosten beteiligt und über 11 Millionen Euro des ca. 13 Millionen Euro umfassenden Stiftungskapitals aufgebracht. Bei den Haushaltsberatungen 2012/2013 hat sich die Koalitionsfraktion erneut für einen kurzfristigen Ausgleich einer Finanzierungslücke der NADA von 1 Million Euro eingesetzt. Mit wenigen Ausnahmen haben vor allem die Bundesländer ihre Zusagen bezüglich der NADA-Finanzierung nicht eingehalten. Nicht eine neue Struktur der NADA zählt zu den künftigen Herausforderungen des Anti-Doping-Kampfes, sondern eine solide Finanzierung unter angemessener Beteiligung der vielfach SPD-geführten Bundesländer." Hintergrund: Im Sommer letzten Jahres wurde Armstrong von der USADA wegen Dopings angeklagt und nach seinem Verzicht auf ein Schiedsverfahren lebenslang gesperrt. Nach Bestätigung durch den Weltradsportverband (UCI) und das Internationale Olympische Komitee (IOC) wurden ihm alle Wettkampferfolge aberkannt. Zuletzt hatte Lance Armstrong im Januar 2013 in einem Fernsehinterview selbst das Doping eingestanden.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.